

[derbund.ch](https://www.derbund.ch)

# Vielfältige Zweifel an Plan B für Asylheime

*Der Bund, Tamedia Espace AG*

Montag 25. November 2019 21:02 von **Calum MacKenzie**

---

Im März 2019 musste der Kanton Bern zurück ans Zeichenbrett, nachdem der Grosse Rat die Pläne für das Rückkehrzentrum in Prêles bachab geschickt hatte. Nun präsentiert die Polizei- und Militärdirektion den Alternativvorschlag: Abgewiesene Asylsuchende sollen bis zur Ausreise in einem von drei umfunktionierten Durchgangszentren in Gampelen, Aarwangen und im Bieler Bözingenfeld wohnen.

Der Regierungsrat hatte beabsichtigt, Asylsuchende mit negativem Entscheid von den Angenommenen zu trennen und möglichst abgelegen unterzubringen. Damit wollte er verhindern, dass diese untertauchen. Gegen das dafür vorgesehene Zentrum in der bernjurassischen Kleingemeinde Prêles erhob sich im Parlament eine Allianz der linken Fraktionen und abtrünniger Bürgerlicher. Die unterschiedlichen Bedenken der Prêles-Gegner sind auch mit der neuen Variante noch nicht vollständig zerstreut.

## «Gar nicht begeistert»

Annelies Djellal-Müller von der Aktionsgruppe Nothilfe gehörte zu den schärfsten Kritikerinnen der Pläne für Prêles. Dort wären die ohnehin schon verwundbaren abgewiesenen Asylsuchenden von der Zivilgesellschaft abgeschnitten gewesen, sagt sie. An den vorläufigen neuen Standorten in Aarwangen und Biel sei dieses Problem weniger akut. «Von Gampelen bin ich aber gar nicht begeistert.» Sie kenne die Unterkunft, die ebenfalls abgelegen sei. «Die Betreuung von Abgewiesenen ist emotional extrem anspruchsvoll», sagt sie. «Wir müssen dafür sorgen, dass diese Leute nicht einfach in diesen Zentren verschwinden.» Das Problem der Asylsuchenden mit Negativentscheid, die nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten, sei mit der neuen Variante nicht gelöst. «Ein geflüchteter Tibeter kann immer noch nicht zurück nach China.»

Grossrat Hasim Sancar (Grüne) sieht es ähnlich. «Die drei vorgeschlagenen Standorte sind nicht so schlimm wie Prêles.» Es brauche aber beim Kanton ein grundsätzlicheres Umdenken. «Langfristig ist es nicht gut, wenn diese Leute mit ungewissem Schicksal zusammen festsitzen.» Er werde prüfen, ob der neue Plan «annehmbar» sei.

Gescheitert ist das Vorhaben für Prêles letztlich, weil auch aus bürgerlichen Reihen Skepsis geäussert wurde. So gab es in der BDP-Fraktion eine Grundsatzdebatte zur Umsetzung des Asylrechts im Kanton Bern. «Es ging nicht direkt um Prêles», sagt BDP-Grossrat Francesco Rappa. «Einige störten sich daran, dass teils gut integrierte Leute, etwa Lehrlinge, in ein abgelegenes Zentrum abgeschoben werden.» Die neuen Standorte seien weniger kritisch, so Rappa. Der Plan werde in der BDP jedoch trotzdem Diskussionen auslösen.

«Waren es vorhin nur an einem Ort Bedenken, könnte es nun an drei Orten Bedenken

geben.» Madeleine Amstutz: Fraktionschefin SVP im Grossen Rat

Die Frage, ob Flüchtlinge eine begonnene Lehrstelle nach einem negativen Asylentscheid abschliessen dürfen, wird in der Herbstsession im Grossen Rat besprochen. Die SVP wolle mit den Unterkünften für abgewiesene Asylsuchende vorwärtsmachen, sagt Fraktionschefin Madeleine Amstutz. «Wir unterstützen diese zweitbeste Lösung.»

Doch auch aus ihrer Partei gab es gegen das Zentrum in Prêles im März einen gewissen Widerstand. «Einige regionale Politiker hatten Befürchtungen und wollten die Asylunterkunft nicht in ihrer Gegend», so Amstutz. Sie schliesst nicht aus, dass erneut lokaler Unmut entstehen könnte. «Gab es vorher nur an einem Ort Bedenken, könnte es nun an drei Orten Bedenken geben.»

### **Biel stark belastet**

In Biel seien Proteste aus der Bevölkerung unwahrscheinlich, so der städtische Sozialdirektor Beat Feurer (SVP). Mit der bestehenden Unterkunft habe es bisher keine Probleme gegeben. Vielmehr werde es für Gesprächsstoff sorgen, dass man die geplanten Zentren alle am Jurasüdfuss ansiedeln wolle. «Die Region ist bereits stark sozialbelastet», sagt Feurer. «Der Kanton hat es sich einfach gemacht. Wir haben schon mehrfach darum gebeten, dass man Asylsuchende ausgeglichener verteilt.» In Aarwangen wurde die Errichtung des Rückkehrzentrums an Forderungen gebunden. So müsse der Kanton etwa Mittel bereitstellen, um die Untergebrachten bei der Rückkehr zu unterstützen, sagt Gemeindepräsident Kurt Blauenstein (FDP).

Die drei Durchgangszentren sollen laut Kanton spätestens ab Sommer 2020 als reine Rückkehrzentren in Betrieb genommen werden. Ob dieser Plan im Grossen Rat bekämpft wird, hängt wohl davon ab, ob die erneut vielfältigen Kritikpunkte beseitigt werden können.

### **«Ja, aber» im Grossen Rat**

*Der bernische Grosse Rat hat sich mit grosser Mehrheit dafür ausgesprochen, dass die Kantonsregierung prüft, wie der Kanton regionale Medien unterstützen könnte. Es sei von demokratie- und staatspolitischer Relevanz, dass man auch auf Kantonsebene Medien fördere, sagte etwa Natalie Imboden (Grüne). Keinen Grund für eine Medienförderung durch den Kanton sieht jedoch die SVP. Der Kanton habe zu wenig Mittel, um dem Medienwandel entgegenzuwirken. Dies müsse Sache des Bundes sein, sagte Markus Aebi. Auch die GLP ist kritisch eingestellt. Jede Form staatlicher Unterstützung gefährde die Unabhängigkeit der Medien, sagte deren Fraktionssprecherin Barbara Stucki. Die Skepsis gegenüber zu grosser Staatsnähe und zu hohen Beträgen schlug sich auch in einzelnen Abstimmungen nieder. So wurde etwa die Absicht abgelehnt, eine unabhängige Stiftung zu schaffen, die Gelder an Medien vergibt. Auch keine Mehrheit fand der Vorschlag des Journalistenverbandes Impressum, die Ausbildung von Medienschaffenden am Ausbildungszentrum MAZ zu subventionieren. (nfe)*